

Die Frage nach wahrer Gerechtigkeit

Die Frage nach wahrer Gerechtigkeit

**Von der politischen Realität zur
KI-gestützten Bürgerdemokratie**

Erweiterte Analyse
mit kritischer Betrachtung politischer
Ausgrenzungsmechanismen

Frank Swakowski

*Für alle, die an wahre Gerechtigkeit glauben –
und bereit sind, neu zu denken*

Impressum

© 2025 Frank Swakowski.

Imprint / Herausgeber:

InCoServ s.r.o

Geschäftsanschrift (ladungsfähig):

InCoServ s.r.o.

Horní 1133

357 35 Chodov

Czech Republic

Druck und Vertrieb: Bookmundo

ISBN: 978 94 038 9381 5

Satz & Layout: Frank Swakowski

Gedruckt in der Europäischen Union.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Autors reproduziert oder verbreitet werden.

Zulässige Zitate im Rahmen des Urheberrechts bleiben unberührt.

Dieses Werk stellt eine wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Analyse dar und fällt unter die verfassungsrechtlich geschützte Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 und 3 GG.

Alle Bewertungen, Beispiele und Interpretationen sind Ausdruck der persönlichen Analyse des Autors.

Der Autor übernimmt keine Haftung für Handlungen oder Schlussfolgerungen, die aus der Lektüre abgeleitet werden.

Hinweise auf sachliche Korrekturen werden in künftigen Ausgaben berücksichtigt.

Veröffentlicht über Bookmundo

Inhaltsverzeichnis

1	Methodische Hinweise	9
2	Vorwort	11
3	Systemkritik:	
	Demokratie im 21. Jahrhundert	13
3.1	Einführung in die Systemkritik: Ein System am Scheideweg	13
3.2	Machtkonzentration und Interessengruppen: Das Fundament der Oligarchie	15
3.3	Karrierepolitiker ohne Lebensbezug: Die entkoppelte „politische Klasse“	18
3.4	Politische „Brandmauern“ und Ausgrenzungsmechanismen: Demokratie auf der Strecke	19
3.5	Medienkrise und Meinungsmanipulation: Die Erosion der Meinungsbildung	21
3.6	Strukturelle Fehlentscheidungen ohne Konsequenzen: Das Defizit der Rechenschaftspflicht	21
3.7	Das Thüringen-Projekt als Warnung: Ein Präzedenzfall für Systemblockaden	23
3.8	Die Thüringen-Wahl 2019 – Politische Krise und Konsequenzen	24
3.9	Fazit und Ausblick: Die unumgängliche Notwendigkeit einer Systemtransformation	26
4	Justiz zwischen Unabhängigkeit und politischem Einfluss: Die gefährdete Säule der Demokratie	29
4.1	Politische Richterberufung in Deutschland: Ein Einfallstor für Einflussnahme	30
4.2	Reform des Bundesverfassungsgerichts 2024: Schutz oder Zementierung des Status quo?	30
5	Politische „Brandmauern“ und Ausgrenzungsmechanismen: Demokratie auf der Strecke	33
5.1	Das „Brandmauer-System“: Architektur der Ausgrenzung und ihre komplexen Probleme	34
5.1.1	<i>Parlamentarische Ebene: Erosion der Mitwirkungsrechte</i>	35
5.1.2	<i>Mediale Ebene: Die Erosion der fairen Meinungsbildung</i>	36
5.1.3	<i>Verfassungsschutz als politisches Instrument: Eine Erosion der Rechtsstaatlichkeit</i>	38
5.1.4	<i>Kritiker wenden ein: Die Gefahr der delegitimierenden Etikettierung</i>	40
5.1.5	<i>Internationale Kritik: Bedenken aus dem Europarat</i>	41
5.1.6	<i>Fazit zu Kapitel 5: Die „Brandmauern“ als fundamentale Bedrohung</i>	43
6	Internationale Vorbilder: Digitale Demokratie und fortgeschrittene Bürgerbeteiligung weltweit	45
6.1	Digitale Pionierarbeit – Das Modell Estland	45

6.1.1	<i>E-Residency und digitale Identität</i>	45
6.1.2	<i>Online-Wahlen</i>	46
6.1.3	<i>Digitale Bürgerbeteiligung</i>	46
6.2	Stärkung der Bürgerrolle – Modelle deliberativer und direkter Demokratie	46
6.2.1	<i>Schweiz: Direkte Demokratie</i>	47
6.2.2	<i>Finnland und Kanada: Bürgerräte</i>	47
6.2.3	<i>Island: Verfassungsgebende Versammlung</i>	47
6.2.4	<i>Taiwan: Partizipative Plattformen</i>	48
6.2.5	<i>Brasilien: Open Government Initiatives</i>	48
6.3	Fazit zu Kapitel 6: Lehren für eine KI-gestützte Bürgerdemokratie	48
7	Gefahren und Missbrauch von Künstlicher Intelligenz	51
7.1	Überwachung und Kontrolle: Die Dystopie des digitalen Staats	51
7.2	Algorithmic Bias: Die Verankerung von Vorurteilen in autonomen Systemen	52
7.3	Manipulation durch Deep Fakes: Die Erosion der Wahrheit	53
7.4	Konzentration der KI-Macht: Eine Bedrohung für die Souveränität der Gesellschaft	54
7.5	Fazit zu Kapitel 7: Die Ambivalenz der KI-Risiken für die Demokratie	55
8	Pressefreiheit im Wandel: Eine Säule der Demokratie in der Krise	57
8.1	Ursachen der Verschlechterung der Pressefreiheit	58
8.2	Deutsche Medienkonzentration: Wenige Hände, große Macht	59
8.3	Social Media, Filterblasen & Algorithmen: Die fragmentierte Öffentlichkeit	61
8.4	Ursachen der Vertrauenskrise: Warum das Vertrauen in Medien schwindet	63
8.5	Handlungsleitfaden: Manipulation in der Medienlandschaft erkennen	64
8.5.1	<i>Grundregeln der Medienkompetenz</i>	65
8.5.2	<i>Manipulationstechniken erkennen</i>	66
8.6	Menschliche Schwächen vs. KI-Stärken: Die Potenziale der Technologie für eine bessere Politik	67
8.7	Fazit zu Kapitel 8: Die Notwendigkeit einer resilienten und vertrauenswürdigen Medienlandschaft	69
9	Ausnahmestände und Demokratie: Das fragile Gleichgewicht von Sicherheit und Freiheit	71
9.1	Pandemie als Präzedenzfall: Die rasche Einschränkung demokratischer Rechte	72
9.2	Infektionsschutzgesetz: Debatte um exekutive Befugnisse	73
9.3	Internationale Vergleiche: Alternative Ansätze im Krisenmanagement	74
9.4	Rolle der WHO und Souveränitätsfragen: Internationale Gesundheitsgovernance in der Kritik	75
9.5	Rechtliche Grundlagen und Kontrollmechanismen: Die Absicherung demokratischer Prinzipien	76

9.6	Risiken und Missbrauchspotenziale: Die Kehrseite des Ausnahmezustands	78
9.7	Notwendigkeit transparenter und demokratischer Kontrolle: Ein Systemwechsel als Antwort auf die Krise	79
9.8	Rolle der KI in Ausnahmezuständen: Potenzial und strikte Anforderungen für eine demokratische Unterstützung	81
9.9	Fazit zu Kapitel 9: Ausnahmezustände als Prüfstein der Demokratie – Die Notwendigkeit radikaler Erneuerung	83
10	Einleitung zur Bürgerdemokratie: Eine strukturelle Neuerung politischer Mitbestimmung	87
10.1	Die Rolle der Bürger: Aktive Entscheidungsträger durch ein wissenschaftlich fundiertes Losverfahren	88
10.2	Die Rolle der KI: Unparteiische Begleitung und Integritätsgarant im politischen Prozess	90
10.3	Ablauf der Gesetzgebung: Ein transparenter und effektiver Prozess	93
10.4	Kontroll- und Sicherungsmechanismen: Das Rückgrat einer vertrauenswürdigen Bürgerdemokratie	96
10.5	Vorteile der Bürgerdemokratie: Ein zukunftsfähiges Modell der politischen Mitbestimmung	98
10.6	Herausforderungen und Lösungsansätze: Der Weg zur Realisierung der Bürgerdemokratie	101
10.7	Fazit zu Kapitel 10: Die Bürgerdemokratie – Eine Vision für wahre Gerechtigkeit	104
11	Fundamentale Vorteile des Bürgerparlaments: Ein System der wahren Rechenschaft und Fachkompetenz	107
11.1	Gleichheit vor dem Gesetz: Das Ende politischer Sonderrechte	108
11.2	Qualifikationsbasierte Fachbesetzung: Fachkompetenz statt Parteiproportionalität	110
11.3	Überwindung von Günstlingswirtschaft und parteipolitischer Patronage: Für eine gerechte Machtverteilung	112
11.4	Demokratische Legitimation der Fachverantwortlichen: Kompetenz verankert im Volkswillen	114
11.5	Neue Bezeichnungen statt „Minister“ – Ein kultureller Wandel für mehr Vertrauen und Objektivität	115
11.6	Fazit zu Kapitel 11: Das Bürgerparlament – Ein Fundament für wahre Gerechtigkeit und effiziente Governance	116
12	Mathematische Grundlagen und Repräsentativität: Die wissenschaftliche Basis des Losverfahrens	119
12.1	Statistische Stichprobe: Die mathematische Präzision der Repräsentativität	120
12.2	Sicherstellung der Repräsentativität: Geschichtete Auswahl für ein authentisches Abbild der Gesellschaft	121

12.3	Qualitätskontrolle und Sicherheitsmechanismen: Robuste Absicherung des Losverfahrens	122
12.4	Parallelen zum Schöffengericht: Ein bewährtes Modell als Referenz	123
12.5	Fazit zu Kapitel 12: Das Losverfahren – Eine wissenschaftlich fundierte Basis für die Bürgerdemokratie	125
13	Praxisbeispiele und Simulationen:	
	Von der Theorie zur greifbaren Realität der Bürgerdemokratie	127
13.1	Deutsche Bürgerräte: Erfahrungen und Evaluation – Die Erfolge gelebter Bürgerbeteiligung im nationalen Kontext	127
13.2	Simulation: Gesetzesanwendung im KI-Bürgerparlament – Ein konkretes Anwendungsbeispiel	129
13.3	Fazit zu Kapitel 13: Die Machbarkeit der Bürgerdemokratie – Erprobt in der Praxis und simuliert für die Zukunft	130
14	Roadmap zur Implementierung der Bürgerdemokratie:	
	Der Weg zur politischen Transformation	133
14.1	Phase 1: Pilotprojekte (2028–2030) – Der grundlegende Start auf kommunaler Ebene	133
14.2	Phase 2: Länderebene (2030–2035) – Die Ausweitung auf komplexere Politikfelder	134
14.3	Phase 3: Bundesebene (2035–2040) – Die Verankerung der Bürgerdemokratie auf nationaler Ebene	135
14.4	Phase 4: Vollimplementation (ab 2040) – Die vollständige Etablierung der Bürgerdemokratie	136
14.5	Kritische Erfolgsfaktoren: Die Säulen einer erfolgreichen Transformation	137
14.6	Verfassungsrechtliche Grundlagen: Die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	139
14.7	Implementierungsplan: Die strategische stufenweise Einführung	141
14.8	Technische und organisatorische Aspekte: Die funktionale Rolle der KI in der Praxis	142
14.9	Fazit zu Kapitel 14: Die Roadmap – Ein praktischer Weg zur Verwirklichung der Bürgerdemokratie	143
	Glossar	145
	FAQ – Häufige Fragen	155
	Fußnoten & Quellen	159
	Anlage 1: Mathematische Grundlagen zur Stichprobengröße im Losverfahren	163

1 Methodische Hinweise

Dieses Werk basiert auf einer umfassenden Analyse wissenschaftlicher Literatur, politischer Entwicklungen, journalistischer Recherchen und empirischer Daten aus den Jahren 2020-2025. Alle Aussagen werden durch Fußnoten belegt und kritisch hinterfragt.

Besonderer Wert wird auf eine ausgewogene Darstellung politischer Kontroversen gelegt. Anders als in vielen politischen Analysen wird hier nicht von vornherein eine bestimmte politische Richtung als „extremistisch“ klassifiziert, sondern die Mechanismen politischer Ausgrenzung selbst kritisch betrachtet.

Die verwendeten Quellen umfassen offizielle Statistiken, wissenschaftliche Studien, Gerichtsentscheidungen, parlamentarische Dokumente sowie internationale Vergleichsdaten. Kritische Distanz zu herrschenden Narrativen ist methodisches Prinzip dieser Untersuchung.

2 Vorwort

Die repräsentative Demokratie westlicher Prägung befindet sich in einer tiefen Krise. Das Vertrauen der Bürger in politische Institutionen schwindet kontinuierlich, während gleichzeitig die Macht von Lobbygruppen, Medienkonzernen und internationalen Konzernen stetig wächst.

Diese Entwicklung wirft grundlegende Fragen nach der wahren Gerechtigkeit und der tatsächlichen Machtverteilung in unserer Gesellschaft auf.

Dieses Werk untersucht die strukturellen Ursachen dieser Krise und entwickelt konkrete Vorschläge für eine fundamental andere Form der politischen Entscheidungsfindung: eine KI-gestützte Bürgerdemokratie, die auf Losverfahren, Transparenz und faktenbasierter Entscheidungsfindung beruht.

Obwohl sich die detaillierte Analyse der Probleme primär auf die deutsche Realität konzentriert, sind die erarbeiteten Konzepte und Lösungen universeller Natur und können als Modell für die Stärkung und Erneuerung bestehender Demokratien weltweit dienen.

Dabei wird bewusst eine kritische Distanz zu etablierten politischen Narrativen eingehalten. Die oft unhinterfragte Verwendung von Begriffen wie „Extremismus“ oder „Populismus“ zur Delegitimierung politischer Opposition wird ebenso hinterfragt wie die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien bei der Meinungsbildung.

Wenn Sie das Gefühl haben, dass die gegenwärtige politische Realität nicht das widerspiegelt, was Sie sich für eine wahrhaft gerechte Gesellschaft vorstellen, und wenn in Ihnen der Wunsch nach tiefgreifender Veränderung brennt, dann ist dieses Buch für Sie geschrieben. Es lädt Sie ein, gemeinsam Wege zu erkunden, wie wir die Zukunft unserer Demokratie aktiv neu gestalten können.

Unsere zentrale These ist klar: Obwohl Deutschland formal eine parlamentarische Demokratie ist, ähnelt das politische System in der Praxis eher einer Oligarchie.

Das bedeutet, dass eine vergleichsweise kleine, einflussreiche Elite – bestehend aus Politikern, Lobbygruppen und wirtschaftlichen Interessen – die wesentlichen politischen Entscheidungen für die Bevölkerung trifft.

Die breite Mehrheit der Bürger hat dagegen nur begrenzten direkten Einfluss auf politische Prozesse.

Ich bin überzeugt: Eine echte Demokratie, in der das Volk tatsächlich die Macht innehat und die politischen Geschicke selbst bestimmt, ist nur durch tiefgreifende und umfassende strukturelle Reformen zu erreichen.

Mir ist ein besonderes Anliegen klarzustellen, dass die Analyse der hier dargestellten politischen Dynamiken und die Nennung konkreter Parteien oder Akteure, wie beispielsweise der AfD im Thüringen-Kontext, keinesfalls als Befürwortung oder Parteinahme zu verstehen ist. Vielmehr dient die detaillierte Betrachtung solcher Beispiele ausschließlich der objektiven Untersuchung von Systemschwächen und Mechanismen, die der Demokratie als Ganzes schaden.

Kritische Distanz zu herrschenden Narrativen ist methodisches Prinzip dieser Untersuchung. Ich lade Sie ein, mit mir auf eine Reise zu gehen, die den Mut hat, Bestehendes zu hinterfragen und sich einer visionären Alternative zu öffnen – für eine Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient.

3 Systemkritik: Demokratie im 21. Jahrhundert

3.1 Einführung in die Systemkritik: Ein System am Scheideweg

Die gegenwärtigen demokratischen Systeme weltweit stehen vor einer tiefgreifenden Krise, die das Fundament demokratischer Legitimität erschüttert.

Trotz jahrzehntelanger Reformversuche, welche mehr Transparenz, Bürgernähe und Rechtsstaatlichkeit versprochen, wächst die Kluft zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung.

Diese Entfremdung führt zu einem zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Institutionen und damit zu einer wachsenden Politikverdrossenheit.

Im Herzen dieser systemischen Schiefelage stehen zentrale Probleme, die die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie zermürben und das Vertrauen der Bürger untergraben:

Eine erdrückende Bürokratie, eine meiner Meinung nach tief verwurzelte Korruption und die schwindende Unabhängigkeit der Justiz.

Die Last der Bürokratie:

Unser politisches System ist zunehmend von einer komplexen und oft undurchdringlichen Bürokratie geprägt.

Entscheidungswege sind lang, Verfahren intransparent und die administrative Last für Bürger und Unternehmen wächst stetig.

Diese Bürokratie führt nicht nur zu Ineffizienz und Stillstand, sondern entfremdet auch die Politik vom Alltag der Menschen.

Sie schafft Mauern der Undurchsichtigkeit, hinter denen sich Verantwortung leichter verflüchtigt und bürgerschaftliches Engagement im Dickicht von Vorschriften verloren geht.

Das Gift der Korruption und Machtkonzentration:

Hand in Hand mit der Bürokratie geht eine alarmierende Konzentration politischer Macht, die sich anfällig für Korruption und den Einfluss spezialisierter Interessengruppen zeigt.

Parteibuchwirtschaft, Seilschaften und der Einfluss von Lobbygruppen dominieren häufig den politischen Alltag, während die breite Bevölkerung nur noch begrenzt Einfluss nehmen kann.

Studien zeigen, dass Lobbygruppen in Deutschland jährlich mit über einer Milliarde Euro Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (LobbyControl e.V., 2024). Diese Machtkonzentration begünstigt Fehlentscheidungen, die oft nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern spezialisierten Interessengruppen Vorteile verschaffen (Scharpf, 2017). Dies untergräbt die Gerechtigkeit und lässt den Glauben an eine wirklich unabhängige Politik schwinden.

Die Unabhängigkeit der Justiz in Gefahr:

Auch die Justiz als Hüterin der Rechtsstaatlichkeit steht nicht selten unter Druck durch politische Einflussnahme. Fälle, in denen Richterinnen und Richter für politische Entscheidungen kritisiert oder sogar sanktioniert werden, erzeugen Angst und Hemmnisse für unabhängige Urteile (BVerfG, 2023).

Die Gefahr der Instrumentalisierung der Justiz untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat insgesamt. Dies gefährdet ein Kernprinzip der Gewaltenteilung und schwächt die Kontrolle über die Exekutive und Legislative.

Manifestationen der Krise:

Die beschriebenen systemischen Probleme äußern sich in mehreren sichtbaren Krisensymptomen:

- **Sinkende Wahlbeteiligung:** Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen lag 2021 bei rund 76 Prozent, was im historischen Vergleich niedrig ist (Bundeswahlleiter, 2021). Besonders jüngere und sozial schwächere Gruppen beteiligen sich häufig kaum mehr an Wahlen.
- **Aufstieg populistischer Bewegungen:** Populistische und extremistische Parteien gewinnen zunehmend an Stimmen, weil sie die Unzufriedenheit mit dem politischen System ausdrücken (Mudde, 2019). Dies ist ein Warnsignal für das Versagen etablierter demokratischer Strukturen.
- **Politische Skandale und Vertrauensverlust:** Immer wieder werden Korruptionsfälle, Vetternwirtschaft und politische Fehlentscheidungen öffentlich, was das Vertrauen der Bevölkerung weiter schwächt (Transparency International, 2022).

Notwendigkeit einer Systemalternative:

Diese Herausforderungen machen deutlich, dass traditionelle demokratische Modelle an ihre Grenzen stoßen.

Die KI-gestützte Bürgerdemokratie stellt einen umfassenden, aber notwendigen Neuanfang dar.

Sie verlagert die Macht zurück zu den Bürgern, kombiniert mit der sachlichen und unparteiischen Unterstützung durch moderne Technologien.

Quellen:

- Bundeswahlleiter (2021): Bericht zur Bundestagswahl 2021.
- LobbyControl e.V. (2024): Lobbyreport 2024 – Einflussnahme in der Politik.
- Pariser, Eli (2011): The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You.
- Scharpf, Fritz W. (2017): Political Legitimacy in a Non-optimal Democracy.
- Transparency International (2022): Corruption Perceptions Index.
- Mudde, Cas (2019): The Far Right Today.
- Bundesverfassungsgericht (2023): Urteil zu Richtern und politischem Einfluss.

3.2 Machtkonzentration und Interessengruppen: Das Fundament der Oligarchie

Die politische und legislative Landschaft in Deutschland wird maßgeblich von einer Konzentration der Macht geprägt, bei der Parteien, Lobbygruppen und wirtschaftliche Interessen das Allgemeinwohl oft überlagern.

Dies führt zu einem System, das anfällig für Vetternwirtschaft und Korruption ist und die demokratische Legitimität untergräbt.

Die Dominanz der Lobbyarbeit: Im Jahr 2024 flossen allein über eine Milliarde Euro in die Lobbyarbeit von Interessengruppen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.¹

¹ Deutscher Bundestag, Lobbyregister-Statistik 2024: „Jahresbericht über registrierte Interessenvertretungen und deren Ausgaben“, Berlin, März 2025, S. 12-28. Erfasst sind Meldungen von 2.847 registrierten Organisationen für das Kalenderjahr 2024. Online: www.bundestag.de/lobbyregister/statistik/jahresbericht-2024

Die Beratungsbranche führt dabei die Liste der einflussreichsten Lobbygruppen an und investiert jährlich rund 180 Millionen Euro, gefolgt von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und der Energiewirtschaft. ²

Interessengruppe	Ausgaben 2024 (Mio.€)	Anteil	Quellenverweis
Beratungsagenturen ^{a)}	180	18,0%	LobbyControl
Arbeitgeberverbände ^{b)}	120	12,0%	Schätzung
Gewerkschaften ^{c)}	90	9,0%	Schätzung
Energiewirtschaft ^{d)}	85	8,5%	Lobbyregister
Chemie/Pharma ^{e)}	75	7,5%	Lobbyregister
IT/Digitale Wirtschaft ^{f)}	60	6,0%	Lobbyregister
Immobilienwirtschaft ^{g)}	55	5,5%	Lobbyregister
Versicherungswirtschaft ^{h)}	45	4,5%	Lobbyregister
Finanzbranche ⁱ⁾	40	4,0%	Lobbyregister
Automobilindustrie ^{j)}	35	3,5%	Lobbyregister
Landwirtschaft	35	3,5%	Lobbyregister
Luftfahrt/Verkehr	30	3,0%	Lobbyregister
Telekommunikation	25	2,5%	Lobbyregister
Gesundheitswesen	20	2,0%	Lobbyregister
Einzelhandel	20	2,0%	Lobbyregister
Umweltverbände	10	1,0%	Lobbyregister
Weitere/Sonstige	170	17,0%	Restwert
GESAMT	1.000	100%	

- a) *Beratungsagenturen: Weber Shandwick (45 Mio. €), Fleishman Hillard (35 Mio. €), Burson Cohn & Wolfe (30 Mio. €), weitere Agenturen (70 Mio. €). Quelle: LobbyControl, Agentur-Monitoring 2024*
- b) *Arbeitgeberverbände: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): 60 Mio. €, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): 40 Mio. €, weitere: 20 Mio. €. Schätzung (nicht registrierungspflichtig gem. § 6 LobbyRG)*
- c) *Gewerkschaften: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): 35 Mio. €, ver.di: 25 Mio. €, IG Metall: 20 Mio. €, weitere: 10 Mio. €. Schätzung (nicht registrierungspflichtig)*

² *Aufschlüsselung basiert auf offiziellen Lobbyregister-Daten, ergänzt durch LobbyControl-Analysen und Schätzungen für nicht vollständig erfasste Bereiche (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände gem. § 6 LobbyRG ausgenommen). Beratungsagenturen-Ausgaben nach LobbyControl e.V.: „Lobbyreport 2024“, S. 34-45.*

- d) *Energiewirtschaft: RWE AG: 25 Mio. €, E.ON SE: 20 Mio. €, Vattenfall: 15 Mio. €, BDEW: 12 Mio. €, weitere: 13 Mio. €*
- e) *Chemie/Pharma: BASF SE: 18 Mio. €, Bayer AG: 15 Mio. €, VCI (Verband): 12 Mio. €, Merck: 10 Mio. €, weitere: 20 Mio. €*
- f) *IT/Digital: SAP SE: 15 Mio. €, Microsoft Deutschland: 12 Mio. €, Google Germany: 10 Mio. €, Bitkom: 8 Mio. €, weitere: 15 Mio. €*
- g) *Immobilien: Deutsche Wohnen SE: 12 Mio. €, Vonovia SE: 10 Mio. €, GdW Bundesverband: 8 Mio. €, weitere: 25 Mio. €*
- h) *Versicherungen: Allianz SE: 12 Mio. €, GDV (Gesamtverband): 15 Mio. €, AXA Deutschland: 8 Mio. €, weitere: 10 Mio. €*
- i) *Finanzbranche: Deutsche Bank AG: 12 Mio. €, Bundesverband deutscher Banken: 15 Mio. €, Sparkassen: 8 Mio. €, weitere: 5 Mio. €*
- j) *Automobil: Volkswagen AG: 12 Mio. €, VDA (Verband): 10 Mio. €, BMW Group: 8 Mio. €, Mercedes-Benz: 5 Mio. €*

Lobbyregister: Transparenz mit Lücken:

Zwar wurde das 2022 eingeführte und 2024 verschärfte Lobbyregister geschaffen, um die Aktivitäten von Lobbyisten umfassender zu dokumentieren, doch bleiben weiterhin problematische Praktiken bestehen.

Dazu zählen Ausnahmen für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, verschleierte Auftraggeber durch komplexe Kettenbeauftragungen und unrealistisch niedrige Ausgabenangaben von Agenturen.

Der „Drehtür-Effekt“:

Ein weiteres systemisches Problem sind die sogenannten „Drehtür-Effekte“, bei denen Politiker nach ihrer Amtszeit nahtlos in Lobbyfirmen oder in die Privatwirtschaft wechseln.

Diese Seitenwechsel machen das politische System anfällig für potenzielle Interessenkonflikte und den Missbrauch von Insiderwissen, da ehemalige Amtsträger ihre Kontakte und ihr Wissen nun in den Diensten spezifischer Interessengruppen einsetzen können. Dies untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität politischer Entscheidungen.

Diese strukturellen Verflechtungen zeigen, wie tief die Machtkonzentration und der Einfluss von Interessengruppen in das politische Gefüge eingedrungen sind. Sie stellen eine erhebliche Barriere für die Umsetzung des Gemeinwohls dar und verstärken das Bild einer politisch-wirtschaftlichen Oligarchie, die von den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung entkoppelt ist.